

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 4. Mai 2009

Unerledigte Hausaufgaben der Föderalismuskommission II

Die Stiftung Marktwirtschaft plädiert in einer neuen Studie für mehr Steuerautonomie der Bundesländer und einen effizienteren, anreizkompatiblen Finanzausgleich

Nach Ansicht der Stiftung Marktwirtschaft kann die Einführung der dringend benötigten Schuldenbremse nur der erste Schritt zur Revitalisierung des deutschen Finanzföderalismus sein. Weitere Reformen beim Finanzausgleich sowie bei der Steuerautonomie der Bundesländer müssen folgen. Eine Blaupause, wie eine solche Reform aussehen könnte, liefert die neue Studie der Stiftung Marktwirtschaft „Reform des Finanzföderalismus in Deutschland“, die von Prof. Dr. Clemens Fuest und Dr. Michael Thöne erstellt wurde. Die Publikation wurde heute in Berlin vorgestellt.

Der deutsche Finanzföderalismus steht zu Recht seit langem in der Kritik. Mangelnde Steuerautonomie der Bundesländer, ein intransparenter und anreizfeindlicher Finanzausgleich sowie ausufernde Staatsschulden bei Bund, Ländern und Kommunen prägen das Bild. Dass die Politik nun eine Schuldenbremse ins Grundgesetz aufnehmen will, ist zwar zu begrüßen, betont Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Die Schuldenbremse kann nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen eine bessere Mischung aus Wettbewerb und Solidarität, um den Föderalismus neu zu beleben.“

Eine überzeugende Alternative zum Status quo hat heute die Stiftung Marktwirtschaft vorgestellt. Die Autoren der Studie, Prof. Dr. Clemens Fuest (Universität Oxford und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium) und Dr. Michael Thöne (Geschäftsführer des FiFo Köln), plädieren darin u.a. für mehr Steuerautonomie der Länder und ein vertikales Finanzausgleichsmodell, das bessere Anreizeffekte beinhaltet und den Ländern deutlich mehr von zusätzlichen eigenen Steuereinnahmen lässt als das gegenwärtige System mit Abschöpfungsquoten von teilweise über 100 Prozent.

Mitautor Clemens Fuest stellt die politische Umsetzbarkeit des Vorschlags heraus: „Obwohl unsere Vorschläge vergleichsweise weitreichend sind und deutliche Fortschritte in Sachen Steuerautonomie und Anreizkompatibilität mit sich bringen, ändert sich die Finanzausstattung der Länder zunächst nur wenig – das heißt es gibt praktisch keine Verlierer.“ Die langfristigen Gewinner eines besser funktionierenden Föderalismus wären hingegen die Bürger.

Reform des Finanzföderalismus in Deutschland

Kleine Handbibliothek, Band 37

Autoren: Clemens Fuest und Michael Thöne

Herausgeber: Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2009; ISBN 3-89015-107-8

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Susanna Hübner
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Telefon 030 - 20 60 57-33
Fax 030 - 20 60 57-57
E-Mail: huebner@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de